
Partei-"Informationen" zum "Neuen Forum" und zu anderen illegalen Gruppierungen

Die Positionen des Neuen Forums fanden innerhalb der Bevölkerung allgemeine Zustimmung. Aus einer parteiinternen "Information" bezogen Stasi-Mitarbeiter unter anderem Argumente gegen die Oppositionsgruppe.

Am 9. September gründete sich das Neue Forum in Grünheide bei Berlin. Einen Tag später veröffentlichte die Gruppe einen Gründungsaufruf, in dem sie die gestörte Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft sowie eine Reihe konkreter Missstände in der DDR kritisierte. Einige Tage später beantragte das Neue Forum die Zulassung als Vereinigung, welche durch das Ministerium des Inneren (MdI) umgehend abgelehnt wurde. Als Begründung dafür verwies das MdI lediglich auf den angeblich verfassungsfeindlichen Charakter der Vereinigung, ohne sich mit konkreten Inhalten auseinanderzusetzen.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich in der DDR-Gesellschaft ein genereller Wandel vollzogen. Spätestens im Oktober 1989 fanden die Forderungen des Neuen Forums allgemeine Zustimmung innerhalb der Bevölkerung. Aus einer parteiinternen "Information" bezogen Stasi-Mitarbeiter Argumente gegen das Neue Forum an die Hand. Durch die Arbeit des Neuen Forums werde der "sozialistische Staat der Arbeiter und Bauern unerträglich diffamiert".

Bei dem vorliegenden Dokument handelt es sich um die letzte Nummer der parteiinternen "Informationen". Die Reihe wurde seit 1968 von der Abteilung Agitation des Zentralkomitees der SED herausgegeben und ging an die Grundorganisationen bzw. Abteilungsparteiorganisationen der SED, die sich auch im Ministerium für Staatssicherheit wiederfanden.

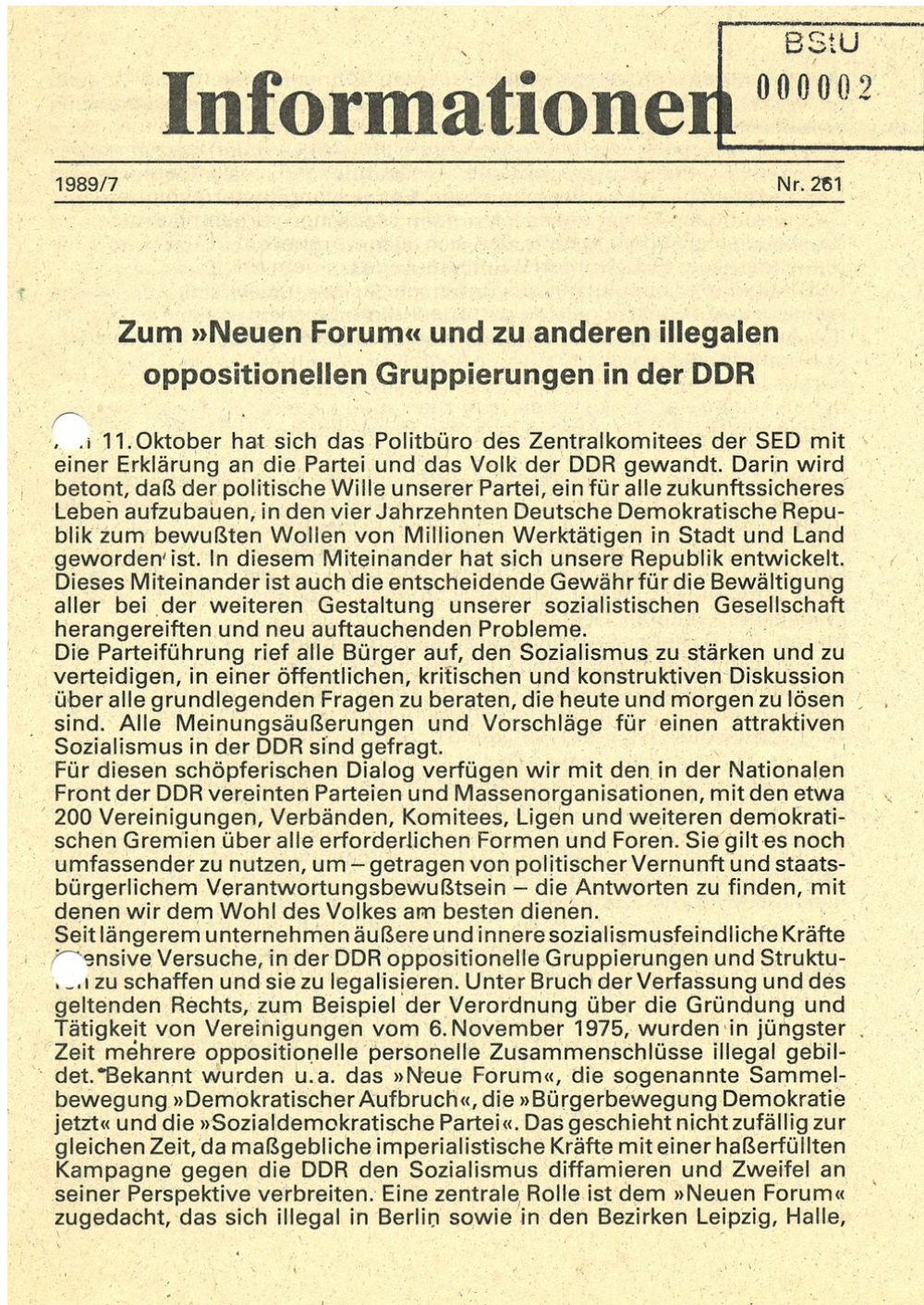
Signatur: BArch, MfS, HA IX, Nr. 17404, BL 2-5

Metadaten

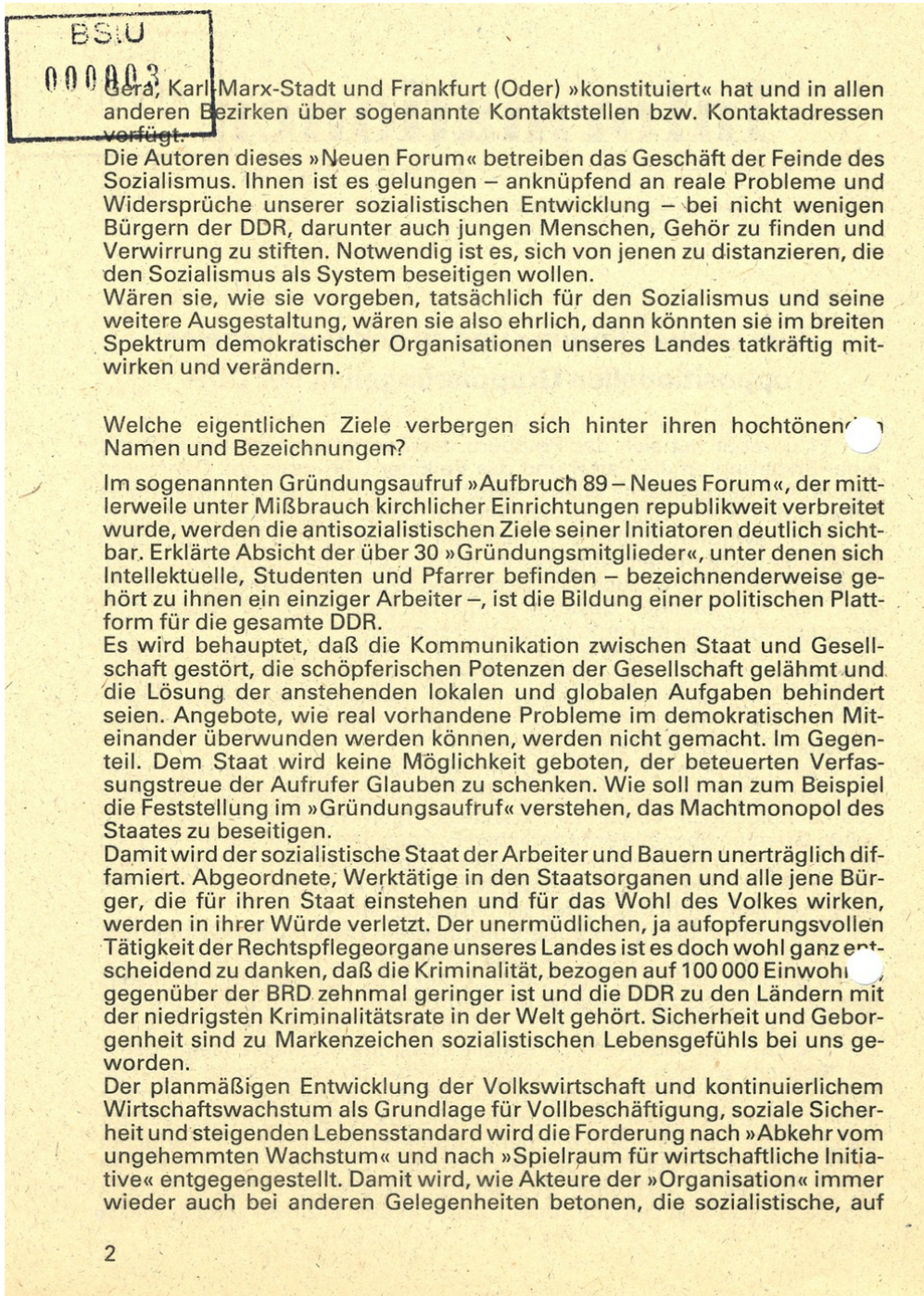
Datum: Oktober 1989

Rechte: BStU

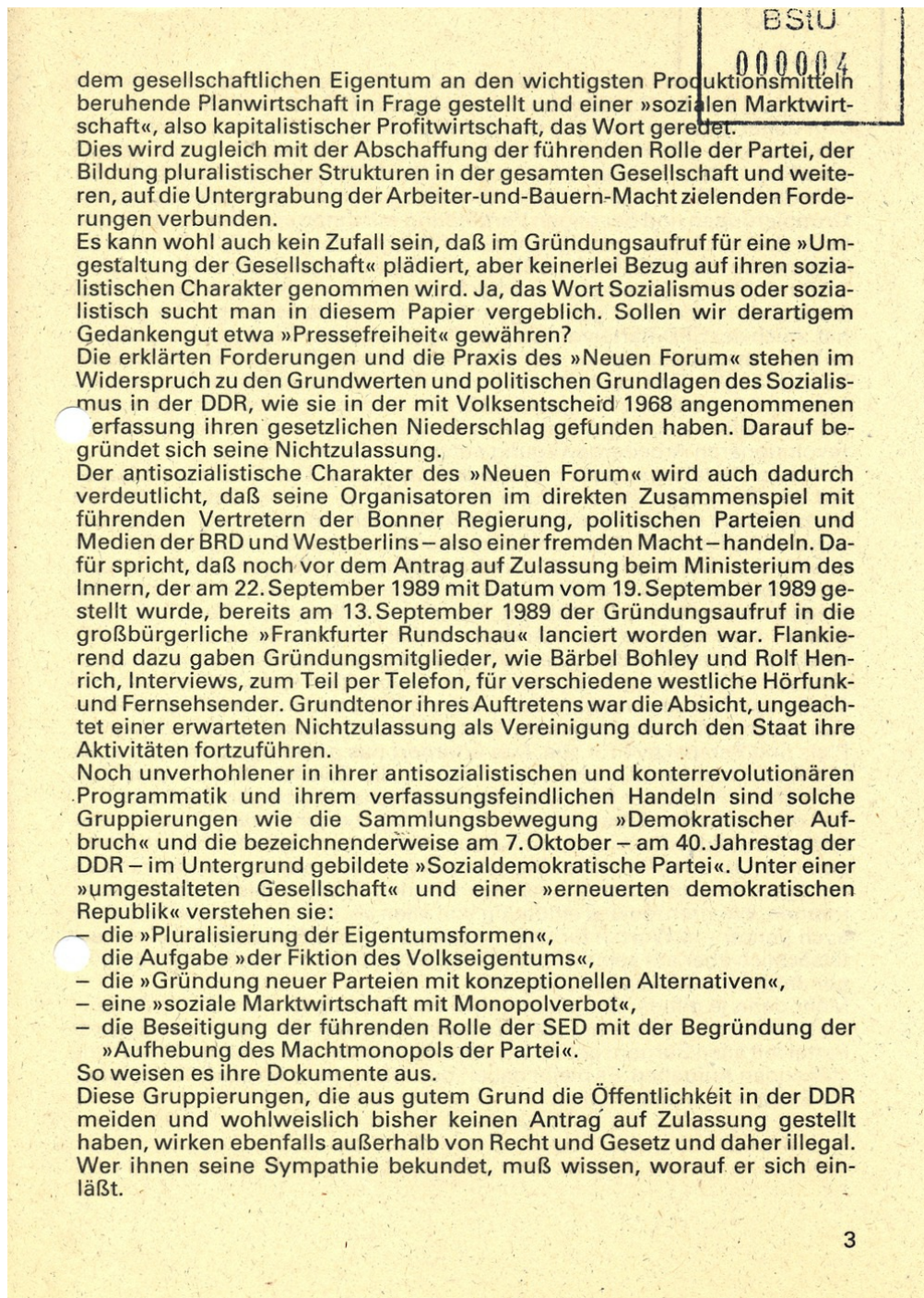
Partei-"Informationen" zum "Neuen Forum" und zu anderen illegalen Gruppierungen



Partei-"Informationen" zum "Neuen Forum" und zu anderen illegalen Gruppierungen



Partei-"Informationen" zum "Neuen Forum" und zu anderen illegalen Gruppierungen



Partei-"Informationen" zum "Neuen Forum" und zu anderen illegalen Gruppierungen

BSU
000005

Ihre Initiatoren werden – was Wunder – von Bonner Politikern und Medien protegiert, auf den Schild gehoben und lautstark als »Reformer« gepriesen. Von daher erhalten sie nicht nur geistige Anleihen, sondern zugleich jede erforderliche materielle und finanzielle Unterstützung. Es vergeht kaum eine Rede führender Repräsentanten in der BRD und in Westberlin, in der sich diese nicht mit der aktiven Förderung solcher konterrevolutionären Gruppierungen und der engen Verbindung mit ihnen vernehmlich brüsten. Es ist doch nicht von ungefähr, daß sich ausgerechnet ein CDU-Politiker im Ministeramt der BRD, Norbert Blüm, drei Tage vor dem Nationalfeiertag der DDR mit Pfarrer Eppelmann aus Berlin, der zu den Initiatoren des »Demokratischen Aufbruchs« gehört, getroffen und intensive Gespräche geführt hat. Auch der SPD-Parteivorsitzende Vogel hat dieser Tage vor Journalisten in Bonn mitgeteilt, daß es zur »Sozialdemokratischen Partei« in der DDR bereits längere Zeit Kontakte schon vor ihrer illegalen Gründung gegeben habe und diese weiter fortgesetzt würden. Interessanterweise waren mehr als die Hälfte ihrer Begründer Vertreter kirchlicher Kreise. Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung entspricht das wohl nicht!

Vor jeder Parteiorganisation und jedem Genossen steht jetzt die Aufgabe, auf der Grundlage der Erklärung des Politbüros vom 11. Oktober 1989 in Vorbereitung des XII. Parteitages die Aussprache mit Vertretern aller Klassen und Schichten – Arbeitern, Genossenschaftsbauern, Angehörigen der Intelligenz, Künstlern und Kulturschaffenden, Wissenschaftlern und Studenten, Bürgern aller Glaubensrichtungen – über alle sie bewegenden Fragen der weiteren Gestaltung unserer sozialistischen Gesellschaft zu führen. Als Partei der Arbeiterklasse stellen wir uns der Diskussion. Wir sprechen mit allen in der festen Überzeugung, daß der Sozialismus in unserem Lande heute und zu keiner Zeit zur Disposition steht. Dafür bedarf es überzeugender Argumente – mit unserem Wort und mit der beispielhaften Tat. Jeden wollen wir gewinnen, denn der Sozialismus braucht jeden, er hat Platz und Perspektive für alle. Das erfordert das geduldige Gespräch auch mit Andersdenkenden und mit all jenen, die Zweifel, Skepsis und Vorbehalte zur Politik der SED und ihrer Gesellschaftskonzeption äußern.

Für die politische Arbeit ist es sehr wichtig, zwischen den Gegnern des Sozialismus, die den Aufruf zum »Neuen Forum« erarbeitet haben, und Irreführten zu unterscheiden. Diesen muß geholfen werden, wieder auf den richtigen Weg zu kommen und sich von den Feinden des Sozialismus zu trennen. Wir grenzen uns eindeutig von allen ab, die – unter welcher Fahne auch immer – in Worten für eine Verbesserung des Sozialismus plädieren, tatsächlich aber auf seine Abschaffung hinwirken und loyale, ehrliche Bürger dafür zu mißbrauchen trachten.

Mehr denn je gilt der Grundsatz: »Wo ein Genosse ist, kämpft die Partei«. Im bewährten vertrauensvollen Zusammenwirken der Genossen unserer Partei mit allen Bürgern gehen wir zuversichtlich an die Lösung aller vor uns stehenden Aufgaben. Es bleibt dabei: der Arbeitsplatz ist unser Kampfplatz für Sozialismus und Frieden.